

3 Gesetz zum Ausbau der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen (Fachhochschulausbau-gesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8290

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Andreas Pinkwart für die Landesregierung das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um Wohlstand, Aufstiegschancen und eine intakte Umwelt für alle in unserem Land zu sichern, wollen wir Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 2015 zum Innovationsland Nummer eins machen. Dafür brauchen wir beste Bildung, Forschung und Transfer. Kurzum: Wir brauchen beste Köpfe für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Dies gilt ganz besonders in den mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen. Eine der attraktivsten Karriere- und Innovations-schmieden sind die technisch orientierten Fachhochschulen, insbesondere jene, die über duale Studienkonzepte eng mit innovativen Unternehmen verzahnt sind.

Gerade an solch attraktiven Studienangeboten mangelt es aber in Nordrhein-Westfalen.

Um den dadurch entstehenden Ingenieurmangel nachhaltig zu überwinden und der auch mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang steigenden Zahl Studierender qualitativ hochwertige Studienmöglichkeiten zu eröffnen, geht die Landesregierung den mutigen Schritt, die Fachhochschulen durch Neugründung und die Erweiterung vorhandener Fachhochschulen massiv auszubauen.

(Beifall von der CDU)

Durch die Vorgaben des Wettbewerbs und die hervorragenden Bewerbungen aus den Regionen erreichen wir mit den Standortempfehlungen der Jury zudem, dass die vom Rückzug des subventionierten Steinkohlebergbaus betroffenen Regionen eine sehr konkrete und eine sehr nachhaltig wirksame Zukunftsperspektive erhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit halten wir Wort: Wir investieren nicht länger in dunkle Schächte, sondern in helle Köpfe.

(Beifall von CDU und FDP)

Ganz besonders wichtig ist mir dabei, dass wir den jungen Talenten mit Fachhochschulzugangsberech-

tigung zusätzlich zu den von uns bereits im Hochschulpakt erhöhten Anstrengungen endlich die Angebote machen können, die ihnen beste Aufstiegschancen versprechen. Während die Vorgängerregierung die Angebote gerade für die jungen Menschen, die über den zweiten Bildungsweg zu einer akademischen Ausbildung streben, verknappt hatte, sorgen wir mit diesem Fachhochschülerweiterungsgesetz für mehr Chancengerechtigkeit am Start in Nordrhein-Westfalen.

Bei der Standortentscheidung hat eine zehnköpfige Jury mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft unter der Leitung von Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Schaumann die Landesregierung mit großem Engagement und großem Sachverstand unterstützt. Dafür möchte ich mich namens der Landesregierung bei allen Jurorinnen und Juroren ganz herzlich bedanken.

(Beifall von CDU und FDP)

Auf der Basis der Empfehlungen der Jury hat die Landesregierung Ende vergangenen Jahres beschlossen, drei neue Fachhochschulen zu gründen und acht bestehende Fachhochschulen im Lande auszubauen. Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, schaffen wir 10.000 neue Studienplätze speziell in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

Neu gegründet mit jeweils 2.500 Studienplätzen werden die Fachhochschule Hamm-Lippstadt mit den Standorten Hamm und Lippstadt, die Fachhochschule Nördlicher Niederrhein mit dem Standort Kamp-Lintfort und ihrem Hauptsitz Kleve – dort ist der regionale Bedarf an Studienplätzen besonders groß und zeigt die regionale Wirtschaft insbesondere beim Aufbau dualer Studienangebote ein besonders hohes Engagement – sowie die Fachhochschule Westliches Ruhrgebiet mit dem Standort Bottrop und dem Hauptsitz Mülheim.

Weitere 2.500 Studienplätze werden an acht bestehenden Fachhochschulen zusätzlich eingerichtet, zum Teil an neuen Studienorten. Hinzu kommen 1.000 Studienplätze an der geplanten Gesundheitsfachhochschule, deren Standortwettbewerb zurzeit noch läuft.

Für den Ausbau der Fachhochschulen stellt das Land bis zum Jahr 2020 insgesamt 1,3 Milliarden € zusätzlich bereit. Diese Mittel werden deshalb zusätzlich bereitgestellt, damit dieser Ausbau der Fachhochschulen nicht zulasten der bestehenden Hochschulen erfolgt, die wir ebenfalls dringend brauchen, damit wir mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang und steigenden Studierendenzahlen ein hinreichendes qualitatives Angebot im nächsten Jahrzehnt sicherstellen können.

Meine Damen und Herren, wir wollen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, der zum 1. Mai 2009 in Kraft treten soll, die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Grundsatzentscheidungen

für den Fachhochschulausbau jetzt zügig umgesetzt werden können. Unser Fahrplan dafür steht.

Parallel zum Gesetzgebungsprozess werden bereits in den kommenden Tagen die staatlichen Gründungsbeauftragten für die neuen Hochschulen ihre Arbeit aufnehmen. Dies sind für die Fachhochschule Nördlicher Niederrhein Frau Prof. Marie-Louise Klotz – die promovierte Chemikerin ist Dekanin des Fachbereichs Textil- und Bekleidungstechnik der Fachhochschule Niederrhein – sowie Dr. Martin Goch, Dezernent für Wirtschaft und Finanzen der Universität Duisburg-Essen, für die Fachhochschule Westliches Ruhrgebiet Prof. Eberhard Menzel – der promovierte Elektroingenieur ist Rektor der Fachhochschule Dortmund – sowie Helmut Köstermerke, Kanzler der Fachhochschule Koblenz, und für die Fachhochschule Hamm-Lippstadt Prof. Klaus Zeppenfeld – der promovierte Informatiker ist Dekan des Fachbereichs Informatik der Fachhochschule Dortmund – sowie Karl-Heinz Sandknop, Dezernent für Rechnungswesen, Controlling, Forschungsförderung der Universität Münster. Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, sehr erfahrene, hoch engagierte und ausgewiesene Fachleute aus dem Wissenschaftsmanagement für den Aufbau der neuen Fachhochschulen zu gewinnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Sobald das Gesetz in Kraft ist, können die Beauftragten zu Gründungspräsidenten ernannt werden. Zugleich werden dann auch die Vizepräsidenten für den Bereich der Wirtschafts- und Personalverwaltung ernannt.

Ebenfalls noch in der ersten Jahreshälfte 2009 können die mit der Gründung beauftragten Personen im Einvernehmen mit dem Ministerium die ersten Gründungsdekane für die neuen Fachbereiche bestellen. Damit sind die neuen Fachbereiche sofort handlungsfähig, und sie können mit den Berufungsverfahren und den Planungen für die Studiengänge beginnen. Dieser ehrgeizige Fahrplan hat zum Ziel, dass die neuen Fachhochschulen bereits binnen eines Jahres nach der Entscheidung der Landesregierung über den Masterplan für den Hochschulausbau ihren Betrieb aufnehmen können. Die ersten Studienanfänger sollen ihr Studium spätestens zum Wintersemester 2010/2011 aufnehmen, gegebenenfalls wird dies sogar bereits zum Wintersemester dieses Jahres möglich sein.

An acht bestehenden Fachhochschulen und ihren neuen Stand- und Studienorten, nämlich in Aachen, Ahaus, Ahlen/Beckum/Oelde, Leverkusen, Lüdenscheid, Minden, Münster, Warburg und Velbert/Heiligenhausen, laufen ebenfalls seit Wochen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Hier werden die ersten neuen Studienanfänger bereits zum kommenden Wintersemester 2009/2010 starten.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Hochschulausbau ist eine der großen Herausforderungen für Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahren. Die Regionen und die Hochschulen arbeiten bereits seit Monaten mit großem Elan, um sich dieser Herausforderung zu stellen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich lade Sie herzlich ein, sich an diesem großen Zukunftsprojekt für Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Beratungen, aber auch darüber hinaus wie bisher konstruktiv zu beteiligen. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Minister Pinkwart, zunächst zu den positiven Aspekten des Gesetzentwurfs zum Ausbau der Fachhochschulen: Aus Sicht der SPD-Fraktion ist die Schaffung von 10.000 zusätzlichen flächenbezogenen Studienplätzen an Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich zu begrüßen. Sie haben ja auch die konstruktive Mitarbeit der anderen zum Schluss Ihres Redebeitrags erwähnt.

Die gesetzliche Absicherung zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze im Fachhochschulbereich unterscheidet sich aus unserer Sicht wohltuend von dem untauglichen Versuch zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze über Kopfpauschalen, die Sie bisher insbesondere an den Universitäten vorgenommen haben. Dort tritt genau das Gegenteil ein, es werden nämlich Studienplätze eingespart.

(Beifall von der SPD)

Zentrale Zielmarke bei der Umsetzung des vorliegenden Gesetzentwurfes ist allerdings das Jahr 2013, wo durch den doppelten Abiturjahrgang der zusätzliche Bedarf an Studienanfängerplätzen allein durch einen Anstieg der Studienberechtigten um 70.000 im Jahr 2013 gegenüber dem Jahr 2005 bewältigt werden muss. Ich frage Sie deshalb, Herr Minister: Sind Sie in der Lage, die Umsetzung des Ausbauprogramms und seine Ausfinanzierung so zügig umzusetzen, dass bis zum Jahr 2013 die Studierendennachfrage nach Studienplätzen spürbar befriedigt werden kann und nicht erst 2020, wie Sie im Gesetzentwurf darstellen? – Sie haben ausgeführt, dass im Jahr 2010 Studienbeginn an den drei neuen Standorten sei. Wir sind gespannt. Denn gerade der Aufbau neuer Fachhochschulen braucht seine Zeit. Die Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen hat Sie nachdrücklich darauf hingewiesen.

Der Aufbau neuer Hochschulen und Standorte, zum Teil mit erheblichem finanziellen Engagement auch

der Sitzgemeinden, veranlasst uns, Sie, Herr Minister, erneut zu einer Standortgarantie für alle Hochschulstandorte aufzufordern. Ich beziehe jetzt die von Ihnen neu eingeführte Terminologie der Studienstandorte mit ein.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– Ja, wenn Sie Ihren Gesetzentwurf und seine Begründung einmal genau durchlesen, dann werden Sie sehen, dass Sie das Ministerium und die Hochschulen ermächtigen, Studienstandorte aufzumachen und natürlich auch wieder zu schließen. Lesen Sie einmal genau nach, was Sie dem Parlament da vorlegen.

Bisher, Herr Minister, haben Sie sich einer solchen Garantie verweigert.

Denn es stellt sich doch die Frage, ob Sie bei rückläufigen Studierendenzahlen nach 2020 gerade gegenüber den geplanten Kleinstandorten – da sind sehr kleine Standorte dabei – eine glaubwürdige Zukunftsperspektive aufzeigen können – einmal abgesehen davon, ob Kleve nun Kohlerückzugsgebiet ist oder nicht. Aber es wird ein kleiner Standort sein. Es geht ja darum, auch eine Perspektive aufzubauen, gerade für das Engagement der Standorte, die sich hier beworben haben.

Hier liegt aus unserer Sicht ein Schwachpunkt, gerade auch der Juryentscheidung und des von Ihnen vorgelegten Gesetzentwurfs zum Ausbau der Fachhochschulen.

Wir haben deshalb im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie eine Anhörung – auch zur Juryentscheidung – unter Beteiligung kommunaler Vertreter beantragt, die der Anhörung zum Gesetzentwurf vorgeschaltet sein soll. Wir halten es für sehr, sehr entscheidend, dass wir uns einen Überblick darüber verschaffen, wie es zu dieser Entscheidung gekommen ist und welche objektiven Kriterien zu dieser Entscheidung geführt haben. Die Resonanz in Nordrhein-Westfalen ist ja nicht einhellig positiv, wie das vielleicht durch den Beitrag von Herrn Minister Pinkwart hier bei der Zuhörerschaft hätte ankommen können.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, bevor wir keine Klarheit und keine Transparenz der Juryentscheidung haben, können wir dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht zustimmen und werden wir uns bei der Abstimmung in der Konsequenz hierzu der Stimme enthalten.

(Rudolf Henke [CDU]: Ach! – Manfred Kuhmichel [CDU]: Große Enttäuschung!)

Aber warten wir einmal ab, was die Anhörungen bringen werden.

Im Übrigen haben Sie mit Ihrer alleinigen Konzentration auf den MINT-Bereich im Ausbauprogramm

die Chance vertan, das Fächerspektrum an unseren Fachhochschulen insgesamt auszubauen, die Lehrbelastung der Lehrenden an den Fachhochschulen zu reduzieren und auch die tarifliche und besoldungsrechtliche Gleichstellung von Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen sowie Universitätsabsolventinnen und -absolventen anzupacken. Aus unserer Sicht sind das wichtige Voraussetzungen, um den Anteil der Studierenden an Fachhochschulen zu erhöhen und exzellentes Lehrpersonal zu gewinnen.

Herr Minister, an einem Punkt sind Sie auf absolut ideologischen Abwegen. Ich spreche von Ihrer Absicht, die Universitäten zulasten der Fachhochschulen von Studierenden zu entlasten, um so die Exzellenz der Universitäten zu stärken. So steht es in der Begründung Ihres Gesetzentwurfs. Herr Minister Pinkwart, sind Sie sich eigentlich über die Konsequenz dieser Botschaft im Klaren? Sind Sie sich darüber im Klaren, was Sie in diesen Gesetzentwurf geschrieben haben?

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Erstens bringt uns das nicht mehr Studienplätze, sondern nur eine Verlagerung. Zweitens ist es eine fatale Fehleinschätzung, dass eine möglichst geringe Zahl von Studierenden an einer Universität entscheidend für deren Exzellenz ist. Sie müssten einmal wissenschaftlich nachweisen, dass dieser Zusammenhang besteht.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Ganz im Gegenteil, wir brauchen exzellente Universitäten und exzellente Fachhochschulen, die möglichst vielen jungen Menschen exzellente Studien- und Forschungsmöglichkeiten anbieten. Ihre pseudoelitäre Ideologie schadet unserem Land und den hier lebenden Menschen, insbesondere der jungen Generation.

(Beifall von der SPD)

Noch ein Wort zu den Kosten: Der Aufbau der drei neuen Fachhochschulen wird nach Ihren Angaben bis 2020 mit 852 Millionen € veranschlagt. Auf 325 Millionen € sollen sich voraussichtlich die Kosten für den Ausbau der 2.500 flächenbezogenen Studienplätze an den bestehenden Fachhochschulen belaufen. Die jährlichen Kosten geben Sie an – ich nehme an, dass das die Betriebskosten für die drei neu einzurichtenden Fachhochschulen sind – mit 111 Millionen € und dann noch einmal mit 30 Millionen € für den Ausbau der 2.500 flächenbezogenen Studienplätze an den bestehenden Fachhochschulen.

Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erwarten hierzu ein schlüssiges und in der Tat auch nachprüfbares Finanzierungskonzept der Investitionskosten und der erforderlichen Personal- und Betriebskosten sowohl im Rahmen des Landeshaushalts als auch im Rahmen des Wirtschafts-

plans des Bau- und Liegenschaftsbetriebs des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Ein schlüssiges Konzept liegt bisher hierzu noch nicht vor. Im Übrigen werden Sie ja im Wesentlichen auch auf Mittel des Hochschulpakts II zurückgreifen wollen, der ja ganz maßgeblich auch vom Bund mitfinanziert wird. Auch deswegen erwarten wir, dass es hier ein schlüssiges und nachprüfbares Finanzierungskonzept geben wird.

Meine Damen und Herren, wir sehen der Anhörung und den Beratungen im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie mit Interesse, aber auch mit Erwartungen entgegen. Der Überweisung des Gesetzentwurfs an die Ausschüsse stimmen wir heute selbstverständlich zu.

Wir würden uns freuen, wenn wir im Endeffekt in der Tat ein Mehr an Studienplätzen und auch ein qualitatives Mehr für das Gesamte, das wir an Hochschulen anzubieten haben, Fachhochschulen und Universitäten in Nordrhein-Westfalen, haben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Brinkmeier.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute hier im Plenum einen Gesetzentwurf in der ersten Lesung beraten, der uns an vielen Orten in Nordrhein-Westfalen beschäftigen wird. Das Gesetz zum Ausbau der Fachhochschulen hier in Nordrhein-Westfalen wird für Nordrhein-Westfalen wichtig sein und sicherlich vielen Anwesenden, die uns heute bei der Debatte zuschauen, oder Menschen aus ihrem Bekanntenkreis unmittelbar positiv nutzen.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung schafft in den kommenden Jahren 11.000 neue Studienplätze an Fachhochschulen. Dafür gründet das Land – wir haben es gehört – drei neue Fachhochschulen und baut acht bestehende Fachhochschulen aus, zum Teil an neuen Standorten. Dies ist übrigens ein wesentliches Element im Hinblick auf den doppelten Abiturjahrgang 2013. Bis 2020 werden zur Finanzierung zusätzliche Landesmittel in Höhe von rund 1,3 Milliarden € bereitgestellt.

Die grundsätzlichen Erwägungen, die zu diesem Beschluss des Landeskabinetts und damit zu diesem Gesetzentwurf geführt haben, hat bereits Herr Minister Pinkwart in seiner Rede aufgeführt, ebenso wie die geplante Struktur der Neugründungen bzw. Ausdehnungen.

Die CDU-Landtagsfraktion stimmt dem Anliegen der Landesregierung zu und unterstützt den Ausbau der Fachhochschullandschaft. Es ist dies nicht nur ein wesentlicher Bestandteil zur Sicherstellung notwendiger Studienplätze in den kommenden Jahren, sondern auch ein klares Signal an die Wirtschaft, die dauerhaft einen hohen Bedarf an in MINT-Fächern ausgebildeten jungen Menschen hat.

Das freut mich sehr; denn die CDU-Landtagsfraktion hat auch in den vergangenen Jahren stetig gefordert, dass wir neue Studienplätze einrichten. Jetzt wird das unter unserer Regierung tatsächlich wahr.

(Beifall von der CDU)

Herr Kollege Schultheis hat eben das Verfahren erwähnt. Bei mehreren Bewerbern gibt es naturgemäß Gewinner und Verlierer. Es ist auch naturgemäß, dass die Opposition versucht, daraus Kapital zu schlagen.

Aber ich gebe zu bedenken: Angesichts der Tatsache, dass wir alle uns grundsätzlich einig sind – so habe ich das eben verstanden, Herr Kollege Schultheis –, dass diese 11.000 neuen Studienplätze eine vernünftige Sache sind, frage ich Sie: Sollen wir jetzt etwa denjenigen, denen diese Studienplätze laut Gesetzentwurf zugeschrieben werden, wieder etwas wegnehmen? Ich glaube, dass auch Ihre Parteifreunde, zum Beispiel die Oberbürgermeisterin von Mülheim oder der Landrat von Minden-Lübbecke, nicht erfreut wären, wenn wir das Paket an dieser Stelle wieder aufschnürten. Das sollten wir an der Stelle nicht tun.

Denen, die jetzt sozusagen als Verlierer tituliert werden, möchte ich eine Parallele in Erinnerung rufen, nämlich der BioRegio-Wettbewerb aus den 90er-Jahren, den viele von Ihnen sicherlich noch in guter Erinnerung haben. Auch da war es so, dass von den, ich glaube, zwölf Bewerbungsregionen nur drei oder vier zum Zuge kamen. Aber am Ende haben tatsächlich alle etwas gemacht; das war das Besondere. Ich habe es damals selbst erlebt. Am Ende kam etwas Positives für die gesamte Landschaft heraus, in dem Fall im Rahmen von Biotech. Dazu können wir sicherlich Parallelen ziehen, so dass wir auch hier weiter denken.

Die Landesregierung wird natürlich all denjenigen, die in diesem Wettbewerb nicht zum Zuge kamen und die dennoch die Einrichtung einer hochschulischen Ausbildungsstätte vor Ort anstreben, bei der Umsetzung ihrer Ziele nach besten Kräften zur Seite stehen. Wenn man dies dann mit einer gemeinsamen Analyse der Schwachstellen der jeweiligen Bewerbung verbindet, wird sicherlich aus der Ablehnung im Wettbewerb am Ende etwas Konstruktives. Ich meine, das ist lobenswert und verdient auch unser aller Unterstützung. Hierfür danke ich dem Ministerium sehr.

Man kann wirklich sehen, dass an all diesen Standorten eine Dynamik entfacht worden ist, die zu einem Schub in dieser Region führen wird. Ich meine das nicht nur im Hinblick auf die hochschulische Ausbildung, sondern gerade auch im Hinblick auf die lokale Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und natürlich auch der örtlichen Politik.

Ich möchte auch an einen Aspekt erinnern, den wir schon am Mittwoch in der Debatte über den Einzelplan 06 angeschnitten haben. Die SPD hat sich immer darauf kapriziert – wir haben es eben schon wieder gehört –, dass sie während ihrer Regierungszeit mit ihren Hochschulgründungen bewusst in die Fläche gegangen ist, und zwar aus strukturellen Gründen. Dann können Sie doch die Initiative, die jetzt ergriffen wird, wirklich begrüßen.

Wir legen aber zusätzlich Wert darauf, den qualitativen Aspekt zu beachten, der sich eben insbesondere in einer glaubwürdigen Nachfrage und Mitarbeit der regionalen Wirtschaft manifestieren muss.

(Zurufe von der SPD)

Das ist übrigens auch ein Grund dafür, dass eine absolute Standortgarantie in diesem Sinne gar nicht sinnvoll ist. Das ergibt keinen Sinn. Das muss auch mit dem korrespondieren, was wirklich sinnvoll und gewünscht ist.

Ich möchte nun noch einmal etwas zu dem Thema „Fachhochschule Nördlicher Niederrhein“ sagen. Dort gibt es Debatten. Wir alle haben das verfolgt. Wir verfolgen sicherlich auch die Diskussion in Kamp-Lintfort sehr aufmerksam. Es ist sicherlich gut, wenn der dortige Bürgermeister uns Abgeordneten seine Argumentation zukommen lässt, wonach die Position von Kamp-Lintfort gestärkt werden soll. Darüber werden wir sicherlich noch debattieren. Was ich aber nicht gut finde, ist, dass daraus dann ein Abgeordneten-Bashing entsteht. Das ist nicht zielführend, und das sollte man unterlassen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, inwieweit das Parlament oder der Ausschuss noch in das Verfahren zur Errichtung oder Auflösung von Studienorten einbezogen werden soll, darüber werden wir sicherlich noch beraten. Über diesen Punkt ist im Rahmen der Gesetzeseinbringung hier und da diskutiert worden. Darauf werden wir noch einmal eingehen.

Zum Abschluss sei noch gesagt, dass sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, dass dieser Gesetzentwurf im Plenum Anfang April abschließend beraten wird, sodass dieses Gesetz am 1. Mai dieses Jahres in Kraft treten kann und die von Herrn Minister Pinkwart genannten Gründungsrektoren tätig werden können.

Wenn wir dem gemeinsam zustimmen werden – ich freue mich, dass wenigstens schon eine Stimmenthaltung dabei herausgekommen ist –, tun wir dem Land Nordrhein-Westfalen und den jungen Men-

schen, die solch eine Ausbildung anstreben, wirklich etwas Gutes. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten! – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Brinkmeier. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ohne Zweifel hat diese Debatte einen historischen Charakter; denn nur zu wenigen Zeitpunkten in der Geschichte dieses Landes in den vergangenen 30 bis 35 Jahren ist so nachhaltig über Strukturveränderungen im Hochschulwesen dieses Landes diskutiert worden, wie wir das heute anlässlich der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfs machen.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Die Entscheidung, die wir treffen, reiht sich in die Reihe der Entscheidungen ein, die seinerzeit das Kabinett Meyers getroffen hat, um neue Hochschulstandorte zu gründen, und auch die Kabinette Kühn haben in Nordrhein-Westfalen Hochschulen gegründet, so, wie das jetzt das Kabinett Rüttgers-Pinkwart tut.

Übrigens merke ich an, dass die FDP bei allen für die Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen wesentlichen Entscheidungen mitbeteiligt war und ist. Das macht uns auch ein Stück stolz.

Die Fachhochschulen, die heute gegründet werden, haben erstens natürlich das Ziel, in Nordrhein-Westfalen ein qualitativ hochwertiges Studienangebot sicherzustellen. Wir müssen das mit Blick auf die steigenden Studierendenzahlen, mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang, tun. Was die Struktur der Studienangebote angeht, müssen wir das aber auch mit Blick auf den Fachkräftemangel machen, der in Deutschland immer noch zu erheblichen Wertschöpfungsverlusten führt. Allein zwischen Februar 2007 und März 2008 wurden diese volkswirtschaftlichen Wertschöpfungsverluste aufgrund eines Fachkräftemangels mit 28,5 Milliarden € quantifiziert. Es ist also ein drängendes Problem, ein Problem, das direkte Auswirkungen auch auf unseren Wohlstand in Deutschland hat. Deshalb war es richtig, diese Fachhochschulen insbesondere im Bereich von sogenannten MINT-Fächern aufzustellen, also mathematischen, ingenieurwissenschaftlichen, naturwissenschaftlichen und technischen Fächern.

Wir werden in Kürze eine weitere Entscheidung treffen mit Blick auf die Gesundheitsberufe. Hier sind 1.000 weitere Studienplätze in Vorbereitung.

Die Gründung von neuen Fachhochschulen hat zweitens eine regionalpolitische Bedeutung, die nicht zu unterschätzen ist. Von dort, wo eine Fachhochschule eingerichtet wird, eine bestehende er-

weitert wird oder ein neuer Studienstandort geschaffen wird, gehen Impulse in das regionale Umfeld aus. Es ist nicht nur ein Prestigefaktor für die Sitzgemeinde, sondern es werden Transferleistungen mit Blick auf die mittelständische Wirtschaft erbracht. Es gibt wohnortnahe Ausbildungsmöglichkeiten. Das hat natürlich eine direkte Attraktivitätssteigerung eines Wohnumfeldes für junge Menschen zur Folge. Campus-Modelle sind denkbar. Das hat also eine erhebliche regionale und strukturpolitische Bedeutung.

In einem solchen Verfahren, wie es jetzt gewählt wird, gibt es zunächst einmal – Kollege Brinkmeier hatte diesen Aspekt schon angesprochen – Gewinner und Verlierer. Damit die Entscheidung über Gewinner und Verlierer legitim ist und akzeptiert werden kann, macht es Sinn, wie das hier erfolgt ist, ein transparentes Verfahren auch unter Einbeziehung unabhängigen Sachverständigen zu installieren. Das hat sich hier bewährt.

Die Rückmeldungen, die wir bekommen, zeigen, dass auch die Kommunen, die Antragsteller, die sich jetzt nicht haben durchsetzen können, überwiegend die Entscheidung akzeptieren können, weil es keine politische Entscheidung vom grünen Tisch war, sondern eine, die in der Sache auch substantiiert begründet war. Deshalb gehört dieser Jury unter Vorsitz von Dr. Fritz Schaumann unser Dank.

Die Antragsteller, die sich jetzt nicht haben durchsetzen können, sind gleichwohl nicht Verlierer im eigentlichen Wortsinn. Denn allein, dass sich unterschiedliche Akteure einmal an einen Tisch gesetzt haben, miteinander beraten haben, was möglich ist, ist schon ein Gewinn. Und diese Kooperationsstrukturen sind möglicherweise hier und da so nachhaltig, dass auf dieser Grundlage andere Projekte wachsen können.

(Beifall von Horst Engel [FDP])

Meine Damen und Herren, ich möchte eine letzte kurze Bemerkung machen, wie sich diese Neugründung von Fachhochschulen und die Erweiterung von Fachhochschulen in unser ordnungspolitisches Konzept einfügt. Dazu besteht Anlass, weil Herr Schultheis diese Debatte genutzt hat, um einmal mehr die von seiner Fraktion geforderte Standortgarantie zu thematisieren.

(Karl Schultheis [SPD]: Wenn man neue aufmacht!)

– Ja, lassen Sie mich das darstellen. – Standortgarantie heißt ja, dass man einen Status quo festschreiben will. Wir haben jetzt neue Standorte. Wir haben neue Teilnehmer an dem Hochschulprozess in Nordrhein-Westfalen, die neu ins Spiel kommen. Aber das heißt nicht, dass für diese Standorte nicht die gleichen Qualitätskriterien anzulegen wären, die auf alle anderen Standorte zutreffen, dass dort nicht auch die Instrumente der leistungsorientierten Mittelvergabe anzuwenden wären – nicht sofort, natür-

lich nicht, sie sind ja im Aufbau. Aber natürlich müssen hier auch die Instrumente, die für alle Hochschulen gelten, installiert werden.

Und in einem solchen Prozess gibt es auf lange, vielleicht sogar auf mittlere Sicht Standorte, die sich stärker entwickeln als andere. Deshalb ist es richtig, diesen Prozess offen zu lassen und darauf zu setzen, dass sich insbesondere diese neuen Standorte mit ganz besonderer Motivation dem Wettbewerb stellen werden. Das ist unser Konzept. Das ist ein Konzept, das faire Chancen, gleiche, gute und auskömmliche Rahmenbedingungen für alle Standorte bietet, das aber ebenso von allen, den neuen wie den bisherigen Standorten verlangt, dass sie sich fortwährend und immer stärker bemühen, die Qualität ihres Angebotes zu verbessern. Das ist im Interesse der Kommunen, das ist im Interesse der einzelnen Standorte, vor allen Dingen aber im Interesse der Studierenden an allen unseren Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Grüne-Fraktion spricht Frau Kollegin Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch einmal aus meiner Sicht auf den wichtigsten Aspekt in dieser Debatte eingehen. Der Ausbau von Studienplätzen ist die zentrale Aufgabe, die die Landesregierung im Hochschulbereich zu bewältigen hat. Und das sagen wir Ihnen seit Jahren, Herr Minister Pinkwart. Ich bin froh, dass diese Erkenntnis inzwischen auch bei der FDP angekommen ist.

Allerdings reicht es nicht, wie uns die Landesregierung glauben machen will, 2020 fertig zu sein. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Countdown läuft spätestens 2013 mit dem doppelten Abiturjahrgang ab. Wenn die Hochschulrektorenkonferenz uns sagt, dass der Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist, dann ist die vorliegende Planung zum Ausbau der Fachhochschullandschaft erst recht keine seriöse Antwort auf den Ansturm von Studierenden, den uns der doppelte Abiturjahrgang im Jahre 2013 bescheren wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn nach Schätzungen der Hochschulrektorenkonferenz sind bis zum Jahr 2020 etwa 6 Milliarden € nötig, um die notwendigen Studienplätze in ausreichender Qualität zu schaffen. In Ihrem Etat zum Hochschulpakt sind allerdings bislang nur 450 Millionen € vorgesehen, die bis 2013 reichen sollen, Herr Pinkwart. Und da nützt es auch nicht, dass Sie jetzt Nebelkerzen zünden und mit der Verteilung von 10.000 Studienplätzen an die Fachhochschulen so tun, als ob das Problem damit gelöst sei.

Ich kann verstehen, dass der Ministerpräsident ein hohes Interesse daran hat, kurz vor der Kommunalwahl im Land noch einige Wahlkampfgeschenke zu verteilen. Ich freue mich auch für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die im Wettbewerb erfolgreich waren. Denn für eine Region – da gebe ich Ihnen recht, Herr Lindner – ist eine Fachhochschule sicherlich ein bedeutender Standort- und auch Wirtschaftsfaktor.

Aber ob Sie, Herr Pinkwart, mit der Neugründung von Fachhochschulen das notwendige Ausbauziel in 2013 erreichen werden, ist nicht nur fragwürdig. Nein, Ihr Entwurf rechnet uns doch ganz klar vor, dass das so nicht gelingen wird.

Erstens wird deutlich, dass der Aufbau der neuen Studienplätze erst 2020 abgeschlossen sein wird. Zweitens betragen die von Ihnen veranschlagten Kosten für Ausbau und Erweiterung der Hochschulen insgesamt 1,1 Milliarden €. Im Haushalt sind bis 2012 allerdings lediglich Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 75,5 Millionen € ausgebracht. Das bedeutet, es klafft eine Riesenlücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit, wenn man bis 2013 die notwendigen Studienplätze schaffen möchte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Und drittens sind es natürlich auch viel zu wenige Studienplätze, um der Herausforderung, vor der wir stehen, zu begegnen. Wenn Sie sagen, dass Sie von 2011 bis 2020 über 23.000 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger mit Studienplätzen versorgen können, Herr Minister Pinkwart, dann bedeutet das doch, dass im ersten Studiendurchgang von drei Jahren, also bis zum Jahre 2014, lediglich 7.000 junge Menschen ein Studium aufnehmen können. Gleichzeitig wissen wir genau, dass im Jahr 2013 etwa 176.000 eine Berechtigung zum Studium bekommen werden – fast 70.000 mehr als heute.

Das vorliegende Fachhochschulprogramm ist also – um es mit den Worten der Hochschulrektorenkonferenz zu sagen – nur ein weiterer kleiner Tropfen auf den heißen Stein.

Ich komme auf das Ergebnis Ihres Wettbewerbs zu sprechen. Sie haben überall im Land Begehrlichkeiten und Hoffnungen geweckt, die Sie natürlich nicht erfüllen können; das haben Sie selber dargestellt. Es gibt natürlich Gewinner und Verlierer. Aber Sie haben im Ergebnis – das muss man auch sehen – eine unsägliche Debatte ausgelöst – regelrecht Unfrieden gestiftet zwischen Städten und Standorten innerhalb der verschiedenen Regionen. Da wird derzeit regionalpolitisch Porzellan zerschlagen. Ich nenne nur den Kreis Unna, den Kreis Coesfeld oder den Niederrhein; das Stichwort ist eben schon gefallen. Wir finden, das ist kontraproduktiv. Das schadet wiederum der Standortentwicklung, und es schwächt die Wirtschaftskraft der Regionen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Natürlich unterstützen auch wir Grüne den Ausbau des Hochschulsystems gerade in strukturschwachen Regionen in Nordrhein-Westfalen. Aber statt neue Einrichtungen auf die grüne Wiese zu setzen, wären ein Ausbau und die Flexibilisierung vorhandener Strukturen eher angesagt gewesen. Die Etablierung von Allianzen und Netzwerken zwischen den zahlreich vorhandenen Hochschulen und Hochschulabteilungen steckt doch immer noch in den Kinderschuhen; das sagt uns auch die Fachhochschulrektorenkonferenz. Eine solche Kooperation hätte die vorhandenen Ressourcen viel besser ausschöpfen können.

Vor diesem Hintergrund können wir nur hoffen, dass Sie mit der anfänglich starren Zuweisung von Studienplatzzahlen nicht Ernst machen und insgesamt der Standortentwicklung vor Ort und der inhaltlichen Flexibilität mehr Raum lassen. Daher erwarten wir, dass das im Konsens mit den Gründungspräsidentinnen und -präsidenten sowie der Wirtschaft vor Ort einvernehmlich und strategisch klug auf den Weg gebracht wird.

Die Studienplatzfrage, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird das entscheidende hochschulpolitische Thema der nächsten zehn Jahre sein. Einerseits werden wir genug Studienplätze schaffen müssen, damit es für viele Schülerinnen und Schüler nach dem Abitur oder der Fachhochschulreife kein böses Erwachen gibt. Andererseits müssen diese Studienplätze gut ausgestattet sein, um die Qualität in der Lehre zu sichern. Der Ausbau der Fachhochschullandschaft ist aus unserer Sicht kein verkehrter Ansatz, aber so, wie er mit diesem Gesetz angelegt ist, wird er das Ziel, den doppelten Abiturjahrgang 2013 abzufedern, bei Weitem verfehlen.

Mit dem Geld, das Sie hier symbolträchtig in neue Vorzeigeprojekte schießen, könnte man an bestehenden Standorten nicht nur ein Vielfaches der jetzt versprochenen 10.000 oder 11.000 Studienplätze schaffen. Es würde auch deutlich schneller gehen. Das ist angesichts des doppelten Abiturjahrgangs 2013 keineswegs ein Nebenaspekt, sondern vielmehr der zentrale Punkt.

Vor diesem Hintergrund sagen wir: Es ist schön, dass Sie endlich mit dem Aufbau neuer Studienplätze anfangen, aber es ist schade, dass Sie dafür aus sachfremden Erwägungen heraus einen so ineffizienten und langsamen Weg gewählt haben. Vor allem aber ist das Problem, vor dem wir stehen, damit nicht gelöst.

So oder so: Die eigentliche Anstrengung liegt noch vor uns, und darauf erwarten wir endlich Antworten von Ihnen, Herr Pinkwart. Wo sollen die 70.000 zusätzlichen Abiturienten 2013 denn hin? – Die neuen Fachhochschulen, über die wir heute reden, werden in 2013 höchstens 2.000 oder 3.000 dieser Abiturienten aufnehmen können.

Deshalb: Ruhen Sie sich nicht zu lange auf Ihren PR-Lorbeeren aus, Herr Minister. Machen Sie Ihren Job. Schaffen Sie Studienplätze – viele Studienplätze, gut ausgestattete Studienplätze! Die Menschen in Nordrhein-Westfalen können darauf nicht länger warten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Seidl. – Für die Landesregierung hat sich noch einmal Herr Minister Dr. Pinkwart zu Wort gemeldet.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man hätte seitens der Opposition die Vorlage auch einmal zum Anlass nehmen können, etwas, was sich positiv für die Menschen entwickelt, auch so zu beschreiben. Diese Chance ist vertan worden. Ich bedaure das.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn ich Sie, Frau Seidl, richtig interpretiere, dann sagen Sie: Die Standorte, die sich jetzt darauf freuen, dass sich bei ihnen etwas entwickelt, hätten diese Chance nicht bekommen sollen. – Das werden sich die Regionen merken. Ihre Rede empfehle ich den Menschen dort zur Lektüre, damit sie erkennen können, wie Sie sich die Entwicklung unseres Landes unter anderem auch dort vorstellen, wo Ihre Fraktion den subventionierten Steinkohlenbergbau zurückführen wollte. Das muss man auch verantworten. Ich frage mich: Welche Antworten wollen Sie dort darauf geben? – Wir haben welche.

(Beifall von Dr. Michael Brinkmeier [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Nein, das können wir gleich machen. Wenn ich darf, möchte ich meinen Gedanken zu Ende führen. Ich habe von vorhin noch Redezeit, und die möchte ich gerne nutzen.

Ich möchte noch einmal zu Protokoll geben, was ich bereits im Dezember hier gesagt habe, als ich Sie über die Entscheidung im Kabinett informiert habe. Wir gehen davon aus, dass – so zügig, wie wir das vorantreiben – der Vollbetrieb an den drei neuen Fachhochschulen und erst recht an den acht erweiterten Standorten der Fachhochschulen zum Wintersemester 2013/2014 erreicht wird, also dann, wenn wir aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs mit nochmals steigenden Studienanfängerzahlen rechnen müssen.

Ich hatte Ihnen mit Bekanntgabe unseres Masterplans wiederholt dargelegt, dass das nur eine Säule von mehreren ist, um die Studienanfängerzahlen deutlich auszubauen. Das, was Sie, Frau Seidl, zitiert haben – ich meine die 450 Millionen € bis 2013 –, bezieht sich auf die Studienanfängerplätze, die wir bis 2010 zusätzlich schaffen wollen – es sind 26.000 –, und die Ausfinanzierung erfolgt bis 2013. Ab 2011 greift der Hochschulpakt II mit dem Ausbau der vorhandenen Hochschulen – so, wie Sie das auch gerne wünschen –, und dafür sind zusätzliche Mittel vorgesehen. Auch dazu hat die Landesregierung im Kabinett ihre Eckpunkteentscheidung getroffen, und darüber habe ich Sie bereits informiert.

Also: Nehmen Sie das so, wie wir es Ihnen vortragen, als eine ganz wichtige Säule! Die macht aber eines ganz deutlich: Wir wollen an dieser Stelle nicht nur kurzzeitig zusätzliche Studienplätze schaffen, sondern nachhaltig, weil wir das Angebot auch strukturell verändern wollen. Wir wollen endlich – wie andere Bundesländern auch – einen höheren Anteil von Fachhochschulstudienplätzen haben, damit junge Leute, die nicht über eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung, sondern über eine Fachhochschulzugangsberechtigung verfügen, studieren können. Das sind im Übrigen viele junge Menschen aus den nicht so bildungsnahen Familien. Das ist auch eine wachsende Zahl von jungen Menschen aus Familien mit Zuwanderungshintergrund.

Gott sei Dank haben wir in Nordrhein-Westfalen einen sehr hohen Anteil von Fachhochschulzugangsberechtigten. Das wusste auch die von Ihnen mitgetragene Landesregierung schon. Statt für diese jungen Menschen zusätzliche Angebote zu schaffen, was Sie damals längst hätten tun können, haben Sie die Angebote seinerzeit auch noch eingeschränkt, indem Sie dieser Gruppe den Zugangsweg über die Gesamthochschulen genommen haben, indem sie zur Universität umgewandelt wurden.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– Herr Schultheis, das finde ich schon bemerkenswert. Das sagen Sie mal den jungen Menschen, wenn Sie uns pseudoelitäre Ideologie vorhalten. Sie haben dafür gesorgt, dass diese Aufsteigerkinder diesen Zugang eben nicht bekommen haben! Den schaffen wir jetzt.

(Beifall von der CDU)

Das ist die Debatte, die wir mit Ihnen – auch zum Stichwort: soziale Mobilität – gerne führen werden.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie jetzt noch eine Zwischenfrage?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Nein. Ich bin gleich fertig mit meinem Beitrag.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gut, wenn Sie zu Ende ausführen wollen.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Mein letzter Satz, Herr Präsident. – Wir schaffen hiermit die Voraussetzungen, dass der doppelte Abiturjahrgang auf einer fundierten Grundlage aufbauen kann, ergänzt durch die anderen Maßnahmen, und dass in der Langfristperspektive für alle jungen Menschen, für alle Talente ein entsprechender Aufstieg in unserem Land möglich wird. Und wir sorgen dafür, dass es in den Regionen, die eine Entwicklungsperspektive brauchen, Wachstumsmotoren gibt, die dazu führen, dass dort neue Arbeitsplätze entstehen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank. – Für eine Zwischenfrage hatte sich Herr Kuschke gemeldet.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Bitte, Herr Kuschke.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Kollege Kuschke.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Minister, ich würde gerne auf den Beginn Ihrer Ausführungen zurückkommen, als Sie den regionalen Aspekt angesprochen haben. Frau Kollegin Dr. Seidl hat von der Notwendigkeit der Befriedung gesprochen. Könnten Sie sich vorstellen, dass eine Möglichkeit der Befriedung in den Regionen, wo manche eben nicht zum Zuge gekommen sind, auch in der Auswahl der Studienorte bestehen könnte?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Lieber Herr Kuschke, wir haben schon im Wettbewerbsansatz als Empfehlung deutlich gemacht – auch in der Beauftragung der Jury –, dass alle Anträge, die der Jury vorgelegt werden, auch unter dem Aspekt zu würdigen sind, dass diejenigen, die bei dem Ausbau der 2.500 neuen Studienplätze für vorhandene Fachhochschulen keine Berücksichtigung finden, sich aber dennoch als hinreichend qualitativ vorteilhaft erweisen, bei der weiteren Entwicklung des Hochschulpaktes II Berücksichtigung finden sollen.

Das heißt, wir haben hier die Möglichkeit, auch die jetzt noch nicht zum Erfolg gekommenen Anträge sehr wohl in den weiteren Ausbau unserer Fachhochschulen einzubeziehen – mit Blick auf die Herausforderung, die wir mit dem Hochschulpakt in den nächsten Jahren bewältigen wollen. Insofern gehe ich davon aus, dass wir neben den vorhandenen Standorten und Studienorten, die jetzt geschaffen werden können, auch Angebote durch unsere Hochschulen mit aufgreifen können, wie sie insbesondere von der Wirtschaft in Form von dualen Studiengängen artikuliert worden sind.

Insofern denke ich, dass wir in den nächsten Monaten – unter der Maßgabe, dass der Hochschulpakt im ersten, spätestens im zweiten Quartal unter Dach und Fach kommen könnte – noch weitere Regionen, weitere Angebote mit aufgreifen werden. Das könnte insgesamt nicht nur zur Befriedung, sondern vor allen Dingen zur weiteren Stärkung der Unternehmen in den verschiedenen Regionen des Landes beitragen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, es gibt noch eine zweite Zwischenfrage. Da wir einen Tagesordnungspunkt gestrichen haben, bin ich heute großzügig. Sind Sie auch so großzügig und wollen Sie sie annehmen?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ja, gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin Beer hatte sich noch gemeldet. Bitte schön, Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sie haben eben den Wert der Fachhochschulen in der Bildungslandschaft in NRW und den Wert der Qualifikation Fachhochschulzugangsberechtigung besonders herausgehoben. Ich kann das nur ausdrücklich unterstreichen. Das ist ein Erfolg für all diejenigen, die diese Qualifikation erreichen. Wie passt das mit dem Vortrag Ihres Kollegen Witzel aus der Regierungsfraktion zusammen, der hier mehrfach vehement vorgetragen hat, dass diejenigen, die in der Sekundarstufe II eine Fachhochschulzugangsberechtigung erlangt haben, diese auch wahrnehmen und diese wertvollen Studiengänge antreten, quasi in der Oberstufe versagt haben?

(Christian Lindner [FDP]: Das ist ganz anders!)

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr verehrte Frau Beer, mir ist eine solche Schlussfolgerung, wie Sie sie zu konstruieren ver-

suchen, nicht bekannt. Im Gegenteil, Herr Witzel gehört zu den vehementesten Befürwortern dieser Ausbauplanung. Wir stehen insgesamt – die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen – vor der großen Herausforderung.

Es ist auch Teil unserer Gesamtpolitik, Frau Beer, dass wir den jungen Leuten, auch jenen, die vielleicht nicht den gradlinigen Bildungsweg vorzuweisen haben, sondern den zweiten Bildungsweg gewählt haben, den Aufsteigerkindern, bessere Chancen eröffnen wollen, überhaupt einen Hochschulzugang zu bekommen – im Interesse dieser jungen Menschen, aber auch im Interesse unseres Landes. Denn wir brauchen diese Begabungen, wir brauchen diese Talente, gerade auch in den technischen Berufen.

Wenn wir wollen, dass unsere mittelständische Wirtschaft auch in den Flächenbereichen, in den ländlichen Räumen auf Dauer hochqualifizierte Arbeitskräfte bekommen soll, werden wir noch mehr Anstrengungen unternehmen müssen, diese Qualifikationen auch wirklich zu heben. Deswegen setze ich mich und setzt sich die Landesregierung nachdrücklich dafür ein.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Als nächster Redner hat sich noch einmal Kollege Schultheis zu Wort gemeldet.

Karl Schultheis (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Nur noch einige Anmerkungen insbesondere zu dem, was Herr Minister Pinkwart gesagt hat. Herr Minister Pinkwart, wir hätten uns gefreut, wenn Sie die von uns gestellten Fragen beantwortet hätten, was Ihre Gesamtkonzeption und gerade auch die Finanzierung angeht. Frau Kollegin Seidl hat ja das Zahlenwerk noch stärker herausgearbeitet, als ich es getan habe.

Wir sehen dieses Finanzierungskonzept nicht. Sie behaupten zwar immer, dass es das gäbe, wir sitzen aber nicht im Kabinett und wissen nicht, was Sie dort beraten und beschließen. Insofern sind Sie doch uns als Haushaltsgesetzgeber gegenüber in der Pflicht, ein vernünftiges Konzept vorzulegen, das wir an allen erforderlichen Stellen auch einfördern werden.

Zu dem zweiten Punkt: Sie tun hier gerade so, als ob Sie mit den Studienplätzen, die Sie jetzt auf den Weg bringen, die Fachhochschule erfunden hätten. Das ist schon toll. Kein anderes Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland verfügt über so viele Fachhochschulstudienplätze wie Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

Das hat seinen Grund: Nicht CDU und FDP, sondern die Vorgängerregierungen haben dieses Segment des Hochschulangebots konsequent ausgebaut, auch im Unterschied zu Süddeutschland, wo sehr kleine Fachhochschulen entstanden sind. Sie sollten die Professorinnen und Professoren an den kleinen Standorten in Süddeutschland einmal befragen, was sie von der Qualität der größeren und breiter gefächerten Angebote in Nordrhein-Westfalen halten. Dann werden Sie feststellen, dass die Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen ein hohes Ansehen genießen, gerade weil sie in besonderer Weise die anwendungsorientierte Forschung und Lehre zusammenbringen.

Also tun Sie nicht so, als ob mit Ihnen von der Stunde null an jetzt ein Aufbau stattfindet. Es könnte ein falscher Eindruck entstehen. Es kennt ja nicht jeder die Geschichte dieses Landes, deshalb muss man das noch einmal deutlich machen.

Köln hat eine der größten Fachhochschulen überhaupt. Als es um den Aufbau von neuen Hochschulen in den neuen Bundesländern ging, wurde gerade das NRW-Modell in den Osten der Republik exportiert. Also bleiben Sie auf dem Teppich!

Das Gleiche gilt, was die Zugangsberechtigung angeht. Ich kann mich an viele Debatten – da waren Sie noch nicht im Landtag und noch nicht Minister – in den 80er- und 90er-Jahren erinnern, als es darum ging, in einer perfiden Art und Weise gegen Gesamthochschulen zu kämpfen. Es gab auch immer eine Gegenbewegung in den Hochschulen selbst – im Wissenschaftsbereich sind ja nicht nur fortschrittliche Kräfte am Werk gewesen –, die Möglichkeiten der Gesamthochschulen einzuengen, was den Zugang angeht. Sie wollten immer Universitäten sein. Das ist in zig Anträgen – die können wir einmal zusammenstellen – durch CDU und FDP gefordert worden.

Jetzt holen Sie das Taschentuch heraus, weil Ihnen die Tränen kommen. Man muss einmal deutlich machen, was hier geschehen ist. Ich persönlich bedauere es, dass die Gesamthochschulen nicht mehr Gesamthochschulen, sondern Universitäten sein wollten und man ihnen gefolgt ist. Das hatte zur Folge, dass der Zugang für FH-Zugangsberechtigte abgeschnitten wurde. Ich bedauere das sehr und halte es auch für falsch.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist noch gar nicht so lange her. Unter Frau Ministerin Behler hat die Gesetzgebung hier eine klare Trennung vorgenommen. Ich sage noch einmal: Ich bedauere das.

(Christian Lindner [FDP]: Das war Ihre Gesetzgebung!)

– Das sage ich doch gerade. Aber den ideologischen Background, Herr Lindner, haben solche Leute wie Sie oder auch aus der CDU gegeben.

(Lachen von Christian Lindner [FDP])

– Genauso ist das.

(Christian Lindner [FDP]: Sind wir auf einmal verantwortlich für Ihre Politik?)

– Herr Lindner, Sie sind immer verantwortlich für das, was Sie sagen.

(Christian Lindner [FDP]: Aber doch nicht für Ihre Entscheidungen!)

– Das reklamiere ich auch überhaupt nicht. Ich erkläre Ihnen gerade, wie das war.

(Heike Gebhard [SPD]: Sie haben doch die Abschaffung der Fachhochschulen gefordert!)

Ich finde es schön, dass die Debatte lebendig wird. Es scheint ja irgendwo anzukommen. Denken Sie noch einmal über Ursache und Wirkung nach. Ich bedauere es sehr und würde mir wünschen, dass wir einen anderen Weg gehen könnten.

Deshalb sind wir Sozialdemokraten – das gilt auch für die Grünen hier im Landtag – der Meinung, dass wir den Zugang sowohl zu den Universitäten als auch zu den Fachhochschulen anders und viel offener gestalten müssen. Dann tun wir insgesamt mehr, als jetzt eine Scheinlösung anzubieten und mit Krokodilstränen einer Geschichte nachzuweinen. Das ist auch nicht ehrlich gemeint.

Ich sage noch einmal: Lesen Sie die Begründung zu Ihrem Gesetzentwurf genau. Sie versuchen auszusortieren und mehr Studierende in die Fachhochschulen zu bringen, um dann kleinere Universitäten zu haben. Das ist Ihre Zielsetzung. Lesen Sie den Text, dann werden Sie sehen, was ich meine. Wenn Sie es klarstellen wollen, nehmen Sie es aus der Begründung des Gesetzestextes heraus! Darüber würde ich mich sehr freuen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Für die CDU-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Henke gemeldet.

Rudolf Henke (CDU): Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich nicht gemeldet, um diese Diskussion fortzusetzen, denn ich habe einen Hauch das Gefühl, dass sie von der eigentlichen Frage, über die wir reden, wegführt.

(Karl Schultheis [SPD]: Überhaupt nicht!)

– Doch, sie führt davon weg. Sie soll davon ablenken, dass jetzt diese Regierung und diese Koalition die Entscheidung trifft. Sie sind ja dazu eingeladen und haben als SPD auch gesagt, dass es im Moment auf eine Enthaltung hinausläuft; vielleicht wird noch mehr als eine Enthaltung daraus. Nur Frau

Seidl sagt: Das machen wir auf keinen Fall mit. Sie als SPD sagen: Wir können uns das vorstellen.

Der entscheidende Punkt ist doch, dass es jetzt zum Ausbau der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen kommt, dass dieser Minister und diese Regierung das Fachhochschulausbaugesetz einbringen und wir damit eine Steigerung der Studierendenzahl in den MINT-Fächern erreichen, wie wir sie uns wünschen.

Jetzt komme ich zu dem Punkt, warum ich mich gemeldet habe: Ich möchte wissen, welche ungewollten, unbewussten, unerwünschten Wirkungen und Nebenwirkungen Sie mit Ihrem neuen Beitrag erzeugen wollen. Ich meine die Ankündigung, vor der eigentlichen Anhörung über das Gesetz zum Ausbau der Fachhochschulen im Ausschuss noch eine weitere, vorgeschaltete Anhörung zu veranstalten, bei der wir den Kommunen, Antragstellern und Initiatoren von Anträgen, die in der Auswahl der Jury nicht zum Zuge gekommen sind, die Möglichkeit geben, ihre Enttäuschung, Sorge und möglicherweise auch nachvollziehbare Verletzttheit zum Ausdruck zu bringen. Es ist also gewissermaßen eine Instrumentalisierung der Enttäuschung für die Zwecke der SPD-Fraktion

(Karl Schultheis [SPD]: Oh!)

mit dem Ziel, einen allgemeinen Unmut an die Stelle der Zufriedenheit mit dem Gesetzentwurf zu bringen.

Frau Seidl hat da eine andere Strategie.

(Widerspruch von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

Frau Seidls Strategie ist komplett anders. Sie sagt, wie es die Regierung mache, sei es unwirtschaftlich; die Grünen hätten gar keine neuen Standorte geschaffen, sondern nur auf vorhandenen Standorten aufgebaut; es sei schädlich, überhaupt neue Standorte zu identifizieren.

Herr Schultheis sagt allerdings das völlige Gegenteil. Im Grunde genommen sagt er: Wir haben zu wenige neue Standorte, die zum Zuge kommen. Ich möchte den anderen gerne Gelegenheit geben, ihre Enttäuschung und Trauer darüber hier noch einmal ausführlich zu artikulieren. Dafür bietet die SPD-Fraktion in einer eigens anberaumten Anhörung des Wissenschaftsausschusses den Verliererstädten – ich glaube, so haben Sie es formuliert – die Möglichkeit, dies in einer Art Standortdebatte vorzutragen.

Wohin könnte das führen, wenn wir Pech haben? Es kann nur dazu führen, dass Sie neue Unsicherheit schaffen. Auf diese Art und Weise unterminiert man doch die Planungen, die auf der Grundlage des vorgelegten Fachhochschulausbaugesetzes jetzt in Gang kommen, und sät Zweifel daran, ob es bei diesen Zusagen bleibt. Denn Sie sprechen sich zwar gerne für eine Standortgarantie aus, lassen aber die Frage völlig offen, woher Sie die Plätze

nehmen wollen, damit noch zusätzliche Standorte zum Zuge kommen können.

(Karl Schultheis [SPD]: Fragen Sie doch einmal den Minister! Er hat das doch gerade angekündigt! Das ist doch lächerlich!)

– Sie bringen dieses Thema doch auf. Über die Diskussion im Ausschuss wollen Sie offensichtlich noch einmal zu einer prinzipiellen Debatte kommen. An der Stelle der Jury-Debatte wollen Sie noch eine eigene Debatte im Wissenschaftsausschuss führen. Das kann doch nur sinnvoll sein, wenn es auch mit dem Ziel geschieht, in der Standortfrage noch einmal eine grundsätzliche Revision vorzunehmen. Es kann nur dann sinnvoll sein, wenn Sie beabsichtigen, die getroffenen Entscheidungen noch einmal zu modifizieren.

Als Aachener würde ich Ihnen raten, in dieser Frage ein bisschen vorsichtig zu sein und die 500 Plätze, die in dem Ausbauprojekt für die Fachhochschule Aachen vorgesehen sind, durch eine solche Revisi- onstour nicht noch einmal völlig infrage zu stellen. Damit würde ich sehr vorsichtig sein.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– Das ist ja nur ein gut gemeinter kollegialer Rat- schlag. Mir war es wichtig, diesen guten Ratschlag so zu platzieren, dass Sie ihn auch vernehmen und hören können, damit Sie nicht in irgendeine ...

(Frank Sichau [SPD]: Er ist ja so schwerhörig, dass man das im Plenum machen muss!)

Der entscheidende Punkt scheint mir jedenfalls zu sein: Aus unserer Sicht kann man auf diese zusätz- liche Anhörung gut verzichten und stattdessen eine Anhörung zum Fachhochschulgesetz durchführen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Henke. – Für die Landesregierung hat sich noch einmal Herr Prof. Pinkwart zu Wort gemeldet.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Her- ren! Ich möchte noch zwei Punkte kurz ansprechen.

Erstens. Herr Schultheis, in Ihren Ausführungen gibt es einen Widerspruch in sich. Auf der einen Seite fordern Sie eine Standortgarantie. Auf der anderen Seite sprechen Sie sich dagegen aus, das Ziel, dass, um in eine sinnvolle Struktur zu kommen, nach 2020 40 % der Studierenden an Fachhoch- schulen und 60 % an Universitäten studieren, wie es in erfolgreichen Bundesländern heute schon der Fall ist, dadurch erreichen zu wollen, dass wir die heute sehr stark belasteten Universitäten mengen- mäßig an die internationalen Standards anpassen. Dies ist für alle Standorte aber die nachhaltigste Strategie.

Auf der einen Seite fordern Sie Garantien. Auf der anderen Seite wollen Sie den Universitäten diese Anpassung langfristig nicht gewähren. Das finden wir bemerkenswert – beispielsweise mit Blick auf die RWTH Aachen, der im Rahmen der internati- onalen Begutachtung durch die Exzellenzinitiative gesagt worden ist, bei ihrer Größe sei es mit Blick auf die steigenden Studierendenzahlen auf Dauer sehr schwierig, eine solche Leistung zu erbringen, wie sie diese Hochschule Gott sei Dank erbringt und auch im nächsten Jahrzehnt erbringen will. Ihr die Perspektive zu öffnen, sich auch in Größenordnun- gen verändern zu können, die ihre Wettbewerber weltweit schon heute erreicht haben, ist eine ganz zentrale Notwendigkeit.

Zweitens. Sie haben eben gesagt – und das tut mir wirklich leid –, Sie hätten seinerzeit, als Sie in der Verantwortung standen, auch auf Wünsche aus der damaligen Opposition reagiert. Sie hätten aber doch die Folgen Ihres Handelns bedenken müssen. Sie haben bewusst in Kauf genommen, dass dadurch ein Zugangsweg erschwert wird, anstatt parallel mehr Kapazitäten aufzubauen. Darum ging es uns in der heutigen Debatte doch. Hätten Sie damals bei der Umwandlung wenigstens neue Fachhochschu- len gegründet, dann hätten Sie im Sinne der jungen Menschen verantwortungsvoll gehandelt, die die Zugangsberechtigung dafür haben. Das haben Sie aber damals versäumt.

Wir tun das jetzt. Deswegen hatte ich gehofft, dass Sie wenigstens an dieser Stelle bei uns sind und sagen: Prima, dass Sie diesen jungen Menschen endlich etwas in Aussicht stellen, was wir damals leider versäumt haben. – Darum ging es in dieser Debatte. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Pinkwart. – Wir sind am Ende der De- batte.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat emp- fiehlt **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/8290 an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturen- form**. Wer stimmt der Überweisung zu? – Wer ist dagegen? – Enthält sich jemand? – Alle sind für diese Überweisung.

Damit kommen wir zu:

4 Gesetz zur Förderung der politischen Partizi- pation zugewanderter Bürgerinnen und Bür- ger in den Gemeinden – Änderung des § 27 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen